

EJIMEL

Electronic Journal of Islamic
and Middle Eastern Law



Vol. 1 (2013)

Das islamische Erbrecht in Tunesien
von Mouez Khalfaoui



**University of
Zurich** ^{UZH}



Vol. 1 (2013)

Editor-in-Chief

Prof. Dr. Andrea Büchler, University of Zurich

Editorial Board

Prof. Dr. Bettina Dennerlein, University of Zurich

Prof. Dr. Gianluca Parolin, American University in Cairo,
Egypt

Prof. Dr. Mathias Rohe, Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg, Germany

Dr. Eveline Schneider Kayasseh, University of Zurich,
Switzerland

Dr. Prakash A. Shah, Queen Mary, University of London

EJIMEL Vol. 1 (2013)

Published by

The Center for Islamic and Middle Eastern
Legal Studies (CIMELS), University of Zurich,
Zurich, Switzerland

Suggested citation style

Electronic Journal of Islamic and Middle Eastern Law
(EJIMEL), Vol. 1 (2013), pages, <http://www.ejimel.uzh.ch>

ISSN 1664-5707

This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0
Unported License ([http://creativecommons.org/
licenses/by-nc-nd/3.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/)).

Cover photo: © PRILL Mediendesign/Fotolia.com

Das islamische Erbrecht in Tunesien

von Mouez Khalfaoui*

Abstract

In diesem Beitrag soll die Debatte über das Familien- und Erbrecht in Tunesien erneut aufgenommen werden. Dieses Rechtsgebiet bildet einen der wichtigsten Bestandteile des Personenstandsrechts Tunesiens, denn das Personenstandsgesetzbuch (Code du Statut Personnel) von 1956¹ zählt zu den modernsten der muslimischen Welt, und Tunesien damit zu einem der Vorreiter in Sachen Reform des Familienrechts unter den muslimischen Ländern. Das Personenstandsgesetzbuch Tunesiens schöpft aus den Quellen des Islamischen Rechts (malikitische Rechtschule) und orientiert sich an westlichen Rechtskulturen. Von besonderer Bedeutung in diesem Rechtsbereich sind u.a. die Abschaffung der Polygamie und die Einführung des Scheidungsrechts für Frauen.² Die mit dieser Reform vorgenommenen gesetzlichen Änderungen wurden von berühmten tunesischen Gelehrten und Wissenschaftlern wie Sheikh Muhammad al Fadel Ben Achour (gest. 1970) konzipiert und mit der Norm des Gemeinwohls (maslaha)³ begründet. Nichtsdestotrotz lösten die Regelungen des Erbrechts kurz nach ihrem Inkrafttreten in Tunesien eine heftige Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Akteuren aus, nämlich zwischen Liberalen, deren Ziel es ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter im Erbrecht zu verankern, und Konservativen, die die Vorgaben des Qur'ans im Hinblick auf das Erbrecht als unveränderbar ansehen und aufrecht erhalten möchten.

I. Einführung

In den nächsten Abschnitten wird die Diskussion auf die sogenannte „Reform des Erbrechts“ in Tunesien beschränkt. In einem ersten Schritt soll der politisch-historische Aspekt der Debatte um das Erbrecht in Tunesien thematisiert werden; im zweiten Schritt soll die rechtliche Dimension erläutert werden; und im dritten Schritt soll die Beziehung des tunesischen Erbrechts zum Internationalen Rechtssystem thematisiert werden.

* Jun. Prof. Dr. Mouez Khalfaoui, Lehrstuhl für islamisches Recht am Zentrum für islamische Theologie der Universität Tübingen seit 2012. Er forscht und lehrt zum islamischen Recht, Minderheiten in Europa sowie Arbeitsethik im Islam. Jun. Prof. Dr. Khalfaoui fungiert als Berater bei zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Institutionen in Europa und der muslimischen Welt.

¹ Das tunesische Personenstandsgesetz trat am 1. Januar 1957 in Kraft. Siehe PRITSCH, ERICH (1958), Das tunesische Personenstandsgesetz, in: Die Welt des Islams, New Series, Vol. 5, 3/4, S. 188-205.

² Vgl. KURT PATTAR, ANDREAS (2007), Islamisch inspiriertes Erbrecht und deutscher Ordre public: Die Erbrechtsordnungen von Ägypten, Tunesien und Marokko und ihre Anwendbarkeit im Inland, Duncker & Humblot, Berlin, S. 349ff./ SCHOLZ, PETER (2006), Erbrecht der maghrebischen Staaten und deutscher Ordre public, Verlag Dr. Kovac, Hamburg, S. 5ff./ EBERT, HANS-GEORG (2004), Das Erbrecht arabischer Länder, Peter Lang, Frankfurt am Main, S. 44ff.

³ Maslaha bezeichnet das Gemeinwohl. Sie wird als Begründung für Änderungen und Anpassungen bzw. Reform des islamischen Rechts thematisiert; Vgl. Encyclopedia of Islam, New Edition, E.J. Brill, Leiden 1991, S. 738ff.

II. Die historisch-politische Dimension der Diskussion über das Erbrecht in Tunesien

Das vom französischen Rechtssystem geprägte tunesische Erbrecht beruht auf dem Prinzip der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Dieses ist in der Verfassung Tunesiens verankert.⁴ Nichtsdestotrotz erben Frauen nach einem sich auf den Qur'an stützenden Gesetz (Sure 4, Ver. 11-12) nur die Hälfte dessen, was einem männlichen Erben zugestanden wird. Trotz der Absicht des damaligen Präsidenten Bourguiba (1956 bis 1987) sowie der Versuche zahlreicher Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Erbrecht zu etablieren, blieb dieses Erbrechtsgesetz unverändert und führte zu immer neuen Diskussionen. Am 11. Juni 2006 kündigten zwei oppositionelle Frauenorganisationen in Tunesien („Femmes Tunisiennes Démocrates“/Tunesische Demokratische Frauen, deren Präsidentin die Juristin Sanaa Ben Ashour, Tochter des berühmten Gelehrten Muhammad Al-Fadal Ben Ashour ist, und „Femmes pour la Recherche et le Développement“/Frauen für Forschung und Fortschritt) an, dass es ihre feste Absicht sei, das von ihnen als veraltet und unpassend erachtete tunesische Erbrecht zu reformieren. Dafür legten sie dem Gesetzgeber ein fünfzehn Argumente enthaltendes Papier vor, die sogenannten „Fünfzehn Argumente für ein gleichberechtigtes Erbrecht“.⁵ Als Beleg dafür, dass dies kein Desiderat der Eliten sondern eines der Massen sei, fügten die beiden Organisationen dem Papier eine Liste mit mehr als tausend Unterschriften bei. Diese Ankündigung löste unter Juristen, Islamwissenschaftlern, islamischen Gelehrten und Politikern eine heftige Debatte aus.⁶ Seit 2011 wird dieses Thema im Rahmen der Debatte um die neue Verfassung Tunesiens, neu aufgerollt, und es sind neue Akteure und Argumente zu verzeichnen. Es ist zu hervorzuheben, dass die Diskussion über das tunesische Erbrecht sich nicht nur auf die tunesische Gesellschaft beschränkt. Vielmehr erreichte sie auch andere arabische und selbst westliche Gesellschaften und ist auch von den (westlichen) Konzepten der Menschen- bzw. Frauenrechte geprägt.

Als unter dem damaligen von westlichen modernen Rechtssystemen beeinflussten tunesischen Präsidenten Bourguiba (reg. 1956-1987) 1956 das Personenstandsgesetzbuch „Code du Statut Personnel“ (CSP) verabschiedet wurde, war dieser darüber verbittert, dass das Privatrecht das alte Erbrecht enthielt, das die Frauen benachteiligte. Zwei Jahrzehnte später (im Jahre 1974) eröffnete er erneut die öffentliche Diskussion über das Thema des Frauenerbrechts und betonte seine Absicht, das ungleiche Erbrecht zu ändern. Dieses Vorhaben beschrieb er als seinen letzten Lebenswunsch.⁷ Bourguibas Bestrebungen riefen eine Debatte ins Leben, an der sich muslimische Gelehrte aus verschiedenen Ländern beteiligten, was der Diskussion des Erb- und Familienrechts einen überregionalen Charakter verlieh.

In der Folge schaltete sich beispielsweise 1974 der bekannteste Mufti Saudi Arabiens, Ibn Baz (gest. 1999), in die Debatte über die Reform des Erbrechts in Tunesien ein. In zahlreichen Briefen an Bourguiba kritisierte er dessen Vorhaben und bezichtigte ihn der Apostasie⁸. Auch die Muftis Abu Bakr Mahmoud Jouri (st. 1992), der damalige Mufti Nigerias, Hasanin Makhoul

⁴ Siehe Constitution du 1^{er} juin 1959 insbesondere §5-6, vgl.: (<http://mjp.univ-perp.fr/constit/tn1959i.htm>).

⁵ Wurde auf der Webseite beider o.e. Organisationen veröffentlicht unterm Titel "Les quinze arguments pour l'égalité en heritage" Siehe: <http://www.manifeste.org/IMG/pdf/Tunisie.pdf>.

⁶ Siehe QADRI, ADEL: (<http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/ar/features/awi/features/2006/10/10/feature-02>).

⁷ HAJJI, LOTFI (2004), Bourguiba wal-Islam: az-Za'ama wal-Imama, Dar al-Janoub, Tunis, S. 233f.

⁸ Vgl. (<http://tunisialaf.wordpress.com/2011/08/16/mosawat/>) gesichtet am 13.11.12/ HAJJI, 2004, S. 193.

(st. 1990), der berühmte Gelehrter aus al-Azhaz (Ägypten) und der damalige Vorsitzende der Islamischen Weltliga Abul Hasan Ali Nadwi (st. 1999) aus Indien mischten sich in die Diskussion ein und unterstützten den Mufti aus Saudi Arabien.⁹ Nicht nur Religionsgelehrte, sondern auch einflussreiche Politiker waren an dieser Debatte um das Erbrecht in Tunesien beteiligt. Der berühmte König Faysal (gest. 1975), damaliger König Saudi Arabiens, schaltete sich ebenfalls in die Diskussion ein und übte starken Druck auf Bourguiba aus, indem er ihm mit einem möglichen Boykott Tunesiens durch die arabischen Länder drohte. Daraufhin lenkte Bourguiba ein, ohne seine Meinung zu widerrufen. So blieb die polarisierte Diskussion zwischen dem vom westlichen Weltbild geprägten Tunesien und dem nach der Weltölkrise 1973 erstarkten Saudi-Regime damals auf muslimische Gelehrten und Politiker beschränkt. Bourguiba gelang es nicht, das Gesetz zu „ändern bzw. zu reformieren“, so dass diese Frage bis zum 21. Jahrhundert ungeklärt blieb. Bemerkenswert ist, dass sich die transregionale Diskussion über das Erbrecht in Tunesien in den 1970er Jahren auf Politiker und Gelehrte beschränkte. Zwar wurde sie in den Massenmedien thematisiert, aber sie war weder in Tunesien noch in den anderen muslimischen Ländern ein wichtiges Thema für die Bevölkerung.

Während die in den 1970er Jahren in Tunesien geführte Debatte über libanesische Zeitungen (u.a. die berühmte Zeitung *An-Nahar*) Saudi Arabien erreichte und sich von Ägypten aus über Nordindien bis Nigeria ausbreitete, finden gegenwärtig die Diskussionen gleichzeitig in unterschiedlichen Online-Foren und Blogs statt. Im Gegensatz zu der „elitären“ Debatte der 1970er Jahre kann die gegenwärtige Diskussion über das tunesische Erbrecht, die seit 2006 fortlaufend stattfindet, als öffentliche Debatte betrachtet werden. Denn die Diskussion über die Reform des Erbrechts in Tunesien zieht gegenwärtig die Aufmerksamkeit zahlreicher Intellektueller und Menschenrechtsaktivisten nahezu im gesamten arabischen Raum auf sich. Das Thema wird von Politikern, Bloggern, Studenten, Juristen und Internetnutzern aus verschiedenen muslimischen Ländern zur Sprache gebracht. Von besonderer Bedeutung ist die Diskussion über das Thema im arabischen Raum. Dabei sind zwei Diskussionsgruppen zu verzeichnen, deren Meinungen in Internetforen Ausdruck finden:

Auf der einen Seite finden sich die Befürworter des tunesischen Reformmodells bzw. die Befürworter einer gleichberechtigten Stellung der Frauen im Erbrecht. In dieser Gruppe finden sich überwiegend Teilnehmer aus den maghrebinischen Ländern (u.a. Tunesien, Algerien und Marokko). Auf der anderen Seite sind Teilnehmer überwiegend aus dem arabischen Orient, insbesondere aus den Golfstaaten, zu finden. Diese Gruppe vertritt eine kritische Haltung gegenüber jeglichen Gesetzesänderungen in Tunesien und lehnt die oben erwähnte Reform des Familien- und Erbrechts in Tunesien strikt ab.

Betrachtet man die Debatte zwischen beiden Gruppen, so stellt man fest, dass die Auseinandersetzung zwischen ihnen sich meist um die Interpretation der religiösen Quellen bzw. die Qur'anverse dreht, die man auf das Erbrecht beziehen kann. Die Argumente beider Gruppen werden im zweiten Abschnitt behandelt. Dabei wurde keine Änderung des Erbrechts in Richtung Gleichberechtigung erreicht. Im folgenden Abschnitt werde ich den rechtlichen Aspekt der Debatte um die Reform des Erbrechts in Tunesien beleuchten.

⁹ Einige an Bourguiba gerichtete Briefe wurden von diesen Gelehrten unterschrieben. Vgl. Hajji, 193.

III. Die rechtliche Debatte um das Erbrecht in Tunesien

Der rechtliche Aspekt der Reform des Erbrechts in Tunesien vermittelt einen Einblick in die Diskussion über die Interpretation religiöser Quellen bzw. des Qur'ans. Folgende Aspekte werden zunächst hervorgehoben:

1. Die Diskussion um die Argumente aus dem Qur'an

Kernbestandteil der Diskussion über das Erbrecht in Tunesien ist wie bereits erwähnt die Interpretation des Qur'ans. Alle Lager berufen sich auf die Qur'an-Sure 4, Vers 11-12, die lautet:

Sure 4:11 „Allah verordnet euch hinsichtlich eurer Kinder: Auf eines männlichen Geschlechts kommt (bei der Erbteilung) gleichviel wie auf zwei weiblichen Geschlechts. Wenn es (ausschließlich) Frauen sind, (und zwar) mehr als zwei, stehen ihnen zwei Drittel der Hinterlassenschaft zu; wenn es (nur) eine ist, die Hälfte. Und den beiden Eltern steht jedem ein Sechstel der Hinterlassenschaft zu, wenn der Erblasser Kinder hat. Wenn er jedoch keine Kinder hat und seine beiden Eltern ihn beerben, steht seiner Mutter ein Drittel zu. Und wenn er (in diesem Fall auch noch) Brüder hat, steht seiner Mutter ein Sechstel zu. (Das alles) nach (Berücksichtigung) einer (etwa) vom Erblasser getroffenen testamentarischen Verfügung oder einer (von ihm hinterlassenen) Schuld. - Ihr wißt nicht, wer von euren Vätern und Söhnen euch im Hinblick auf (den) Nutzen (den ihr von ihm habt) am nächsten steht. (Das gilt) als Verpflichtung von Seiten Allahs. Allah weiß Bescheid und ist weise.“¹⁰

Sure 4:12 „Und von der Hinterlassenschaft euer Gattinnen steht euch die Hälfte zu, falls sie keine Kinder haben. Falls sie jedoch Kinder haben, steht euch ein Viertel zu. (Auch dies) nach (Berücksichtigung) einer (etwa) von ihnen getroffenen testamentarischen Verfügung oder einer (von ihnen hinterlassenen) Schuld. Und euren Gattinnen steht ein Viertel zu von dem, was ihr (Männer) hinterlasst, falls ihr keine Kinder habt. Falls ihr jedoch Kinder habt, ein Achtel. (auch dies) nach (Berücksichtigung) einer (etwa) von euch getroffenen testamentarischen Verfügung oder einer (von euch hinterlassenen) Schuld. Und wenn ein Mann oder eine Frau von seitlicher Verwandtschaft (kalaala) beerbt wird und er (bzw. sie) einen Halbbruder oder eine Halbschwester hat, steht jedem von den beiden ein Sechstel zu. Wenn es mehr (als zwei) sind, teilen sie sich in ein Drittel (und zwar) nach (Berücksichtigung) einer (etwa) getroffenen testamentarischen Verfügung oder einer (hinterlassenen) Schuld. Dabei soll niemand schikaniert werden. (Das gilt) als Verordnung von Seiten Allahs. Allah weiß Bescheid und ist mild.“¹¹

Die „Modernisten“ bzw. die Befürworter einer weiteren Reform des Erbrechts in Tunesien plädieren für eine neue Interpretation der oben genannten Qur'an-Verse anhand der kontextuellen Interpretationsmethode. Dies wird damit begründet, dass die tunesische Gesellschaft des 21. Jh. sich von der Situation der ersten muslimischen Gemeinden zur Prophetenzeit auf der arabischen Halbinsel stark unterscheidet und dass die Norm der Maslaha (Gemeinwohl/öffentliches Interesse) eine Änderung der Gesetze erlaube. Im Folgenden werden die wichtigsten Argumente dieser Gruppe vorgestellt:¹²

a) Soziokulturelles Argument

Dieser Ansatz bezieht sich darauf, dass sich die Situation der Frauen in Tunesien im 21. Jahrhundert von ihrer Situation im Arabien des 7. Jahrhunderts und auch von ihrer Situation zur Zeit des Inkrafttretens des Personenstandgesetzes in Tunesiens im Jahr 1956 unterscheidet.

¹⁰ Vgl. PARET: <http://www.koransuren.de/koran/surenvergleich/sure4.html>.

¹¹ PARET, in: <http://www.koransuren.de/koran/surenvergleich/sure4.html>

¹² Für eine ausführliche Darstellung der Argumente, siehe QADRI, op.cit.

Dafür werden Zahlen und Daten vorgelegt: Aufbauend auf der Annahme, dass 95% der Frauen in Tunesien die Schule besucht haben, dass 25% der Richterposten von Frauen besetzt sind (in Ägypten gibt es nur 2 oder 3 weibliche Richterinnen), dass 34% der Ärzte in Tunesien Frauen sind, dass 64% der Apotheker und Apothekerinnen Frauen sind, dass 14% der Staatsbeamten Frauen sind, dass 16,5% der Bürgermeisterposten von Frauen besetzt sind, und dass 25% der Mitglieder von politischen Parteien Frauen sind,¹³ wäre eine gleichberechtigte Stellung im Erbrecht eine angemessene Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Dass Männer aufgrund ihrer finanziellen Verantwortung stärkere Rechte haben, ist demnach nicht mehr angemessen. Frauen sind ebenso wie Männer finanziell für die Familie verantwortlich und übernehmen ebenso die Rolle der Ernährerin.

b) Die rechtlichen Argumente

Das zweite Argument bezieht sich direkt auf die Methoden des islamischen Rechts. Hierbei wird die Norm der Abrogation/Naskh zur Sprache gebracht. Das im Islam als Abrogationsprinzip bekannt besteht darin, dass einige im Qur'an zu einem früheren Zeitpunkt verkündeten Gesetze, durch neue Gesetze ersetzt werden (z. B. das Alkoholverbot: Zuerst wurde Alkoholkonsum beim Beten verboten, erst später wurde er ganz verboten).

Die Befürworter einer Reform des Erbrechts heben hervor, dass die Abrogation von Qur'anversen auch nach dem Tod des Propheten Muhammad stattfand. U.a. wird das Verhalten der beiden Weggefährten des Propheten und ersten Kalifen Abu Bakr (st. 634) und Omar ibn al Khattab (st. 644) als Beispiel genannt. Der erste Kalif Abu Bakr hat den in Qur'an-Vers 60, Sura 9 (At tawba) verkündeten Anteil für Nichtmuslime, mit deren Konversion bzw. Unterstützung für die Muslime man rechnet (mu'allafati Qulubuhum) von der Verteilung von Almosen ausgenommen. Im Qur'an wird die Verteilung der Almosen wie folgt thematisiert: „Die Almosen (sadaqaat) sind nur für die Armen und Bedürftigen (? lil-fuqaraa'i wal-masaakieni) (bestimmt), (ferner für) diejenigen, die damit zu tun haben, (für) diejenigen, die (für die Sache des Islam) gewonnen werden sollen, für (den Loskauf von) Sklaven, (für) die, die verschuldet sind, für den heiligen Krieg und (für) den, der unterwegs ist. (Dies gilt) als Verpflichtung von seiten Allahs. Allah weiß Bescheid und ist weise.“ Abu Bakr begründete seine Entscheidung damit, dass die Qur'an-Stelle sich auf eine Zeit bezieht, in der Muslime schwach waren. Nun (zu seiner Zeit) seien die Muslime stark geworden und bräuchten keine Unterstützung von außen mehr.

In Bezug auf den Kalifen Omar I wird berichtet, dass er nach der Eröffnung des fruchtbaren Iraq-Landes im 7. Jahrhundert, den im Qur'an festgeschriebene Anteil für Qur'an-Leser bzw. Weggefährten des Propheten an der Kriegsbeute stark reduziert bzw. ganz gestrichen habe. Omar begründete diese Entscheidung damit, dass die Zeiten sich geändert hätten und der Anteil der Qur'an-Leser eher in die Staatskasse einfließen solle. Es wird berichtet, dass Omar I seine Entscheidung damit begründete, dass die Verteilung der eroberten Länder ausschließlich auf die anwesenden muslimischen Kämpfer die nächsten muslimischen Generationen beeinträchtige.

Ferner führen die Befürworter einer Reform des Erbrechts an, dass die Gelehrten des Islamischen Rechts in späteren Epochen den Vers 282, Sure II (Al-Bakara) entkräftet hätten. Dabei

¹³ Ebd.

handelt es sich darum, dass für jede Geldtransaktion ein Vertrag zwischen den Akteuren benötigt wird: „Ihr Gläubigen! Wenn ihr auf eine bestimmte Frist ein Schuldverhältnis eingeht, dann schreibt es auf! Und ein Schreiber soll (es) in eurem Beisein aufschreiben, so wie es recht und billig ist (bil-`adli). Und kein Schreiber soll sich weigern zu schreiben, so wie Allah es ihn gelehrt hat. Er soll schreiben. Und der Schuldner soll diktieren und Allah seinen Herrn fürchten und nichts davon abzwacken.“ (Qur'an II:282)

Hierbei wird unterstrichen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in den ersten Jahrhunderten der muslimischen Geschichte Analphabeten waren. Daraufhin entschieden sich die Gelehrten des islamischen Rechts, diese Bedingung nicht durchzusetzen. Die o.g. Sure wird benutzt, um die Idee einer möglichen Reform des Islamischen Rechtes zu rechtfertigen.

IV. Der Gegenpol und die Ablehnung der Reform

Die meisten Gegner der Reform des Erbrechts in Tunesien, unter ihnen nicht nur Gelehrte, sondern auch Richter, Politiker und Wissenschaftler, lehnen die Meinung der "Modernisten" ab und betonen, dass diese Gesetze die einzigen Regelungen mit einem engen Bezug zum islamischen Recht im tunesischen Rechtssystem seien. Sie bestehen darauf, dass das Gesetz in dieser Form erhalten bleiben solle, so dass die tunesische Rechtsordnung ihr spezifisch islamisches Erkennungsmerkmal nicht verliere. Ferner bestehen sie darauf, dass die im Qur'an festgelegten Gesetze verbindlich und unveränderbar seien.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in dieser Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern der Reform des Erbrechts bisher kein Durchbruch erzielt wurde. Doch nach der tunesischen Revolution vom 17. Dezember 2010 bzw. 14. Januar 2011¹⁴ kam es zu einer Erweiterung dieser Debatte. Unter anderem wird die Beziehung des tunesischen Erbrechts zum internationalen Recht in dieser Debatte herangezogen. Im nächsten Abschnitt wird dieser Aspekt thematisiert.

V. Die Debatte über das tunesische Erbrecht im internationalen Kontext

1979 wurde das *Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)* verabschiedet und allen Mitgliedstaaten der UNO zur Ratifizierung zugestellt. Tunesien war unter den ersten Ländern, die das CEDAW-Übereinkommen bereits 1984 ratifiziert haben. Da dieses Übereinkommen einigen Regelungen des tunesischen Rechts widerspricht, ratifizierte Tunesien das Abkommen mit einigen Vorbehalten. Hierbei handelt es sich um zwei Typen von Vorbehalten:

- a) Einzelne Vorbehalte bezüglich bestimmter Artikel des CEDAW-Übereinkommens, wie z.B. Artikel 9, der sich auf die Staatsangehörigkeit von Kindern bezieht.
- b) Allgemeiner Vorbehalt bezüglich des gesamten Übereinkommens. Dieser bezieht sich darauf, dass der tunesische Staat kein Internationales Abkommen umsetzen kann, das im Widerspruch mit der Verfassung des Landes steht. Konkret: Das CEDAW-Abkommen steht im Widerspruch zu Art. 1. der tunesischen Verfassung. Dort heißt es:

¹⁴ Es besteht eine Unstimmigkeit über das Datum der Revolution in Tunesien, der 17.12.10 entspricht dem Datum an dem Muhammad Bouazizi sich verbrannt hat und die Demonstrationen auslöste. Während der 14.1.12 der Tag ist, an dem der damalige Präsident Ben Ali sich ins Ausland absetzte.

„Tunesien ist ein freier Staat, unabhängig und souverän, seine Religion ist der Islam, seine Sprache das Arabische, und seine Staatsform die Republik.“ Damit verpflichtet sich der tunesische Staat, den Normen des Islamischen Rechts den Vorzug zu geben. Rein rechtlich betrachtet ist die nationale Gesetzgebung dem Internationalen Rechtssystem untergeordnet. Deshalb sind die Staaten der Weltgemeinschaft aufgefordert, ihr jeweiliges Rechtssystem gemäß internationalem Recht zu reformieren. Nichtsdestotrotz liegt die Umsetzung internationalen Rechts auf nationalem Territorium in der Hand der jeweiligen Nationalstaaten.

Im November 2011 - also einige Monate nach dem Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali, hat die tunesische Übergangsregierung als Beweis für ihre Bestrebungen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, einige Vorbehalte Tunesiens bzgl. des CEDAW-Übereinkommens zurückgenommen. Dies bezieht sich allerdings nur auf die erste Kategorie von den o.g. Vorbehalten. Der allgemeine rechtliche Vorbehalt bleibt jedoch bestehen. Folglich können einige Klauseln des CEDAW-Übereinkommens umgesetzt werden. Da der allgemeine rechtliche Vorbehalt weiter besteht, können diese Gesetze jederzeit abgelehnt werden, weil sie im Widerspruch zu Artikel 1 der tunesischen Verfassung stehen.¹⁵

In Tunesien wird seit 2011 Jahr an einer neuen Verfassung gearbeitet. Damit bestünde die Hoffnung der Modernisten auf Änderung des 1. Artikels der Verfassung.

Die politischen Akteure Tunesiens haben sich jedoch Mitte 2012 darauf geeinigt, den alten ersten Verfassungsartikel beizubehalten. Damit ist die Hoffnung der Liberalen in Tunesien auf einen Durchbruch durch das internationale Übereinkommen gescheitert. Ende Mai 2012 hat der tunesische Minister für Menschenrechte und Übergangsgerechtigkeit (Samir Dilou) anlässlich der Generalversammlung der Mitglieder der UNO Menschenrechtskommission bekräftigt, dass eine Rücknahme aller Vorbehalte Tunesiens im Hinblick auf das CEDAW-Übereinkommen eine sehr schwierige Entscheidung sei. Ein solcher Schritt hätte soziale und gesellschaftliche Konsequenzen und sollte nur durch einen Volksentscheid entschieden werden.

Eine wesentliche Frage besteht darin, wie die politischen Machthaber, angeführt von der moderaten islamistischen Partei An-Nahda, in dieser Diskussion Stellung bezieht:

Sollte sie das Familien- und Erbrecht ändern, um die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchzusetzen, so wäre dies eine Anerkennung der Macht der Opposition, was die Türen für weitere Rechtsreformen öffnen könnte. Zudem könnte die Regierung durch eine Modernisierung des Erbrechtes die Unterstützung der religiösen Autoritäten verlieren. Blicke das Gesetz jedoch unverändert, so würden internationale Organisationen mit lautem Protest das Regime kritisieren.

¹⁵ GHABBARA, ebd.

VI. Fazit

Aus der Debatte über das Erbrecht in Tunesien sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

Im ersten Teil dieses Beitrags wurde das Erbrecht in Tunesien aus der Perspektive der panarabischen bzw. panislamischen Beziehungen behandelt. Dabei sind zwei widersprüchliche Hauptströmungen zu verzeichnen: a.) auf der einen Seite steht die Meinung derjenigen, die die religiöse und politische Einheit der Muslime für einen Mythos halten. Ihnen zufolge hat sich die religiöse Einheit der Muslime bereits zur Zeit des Kalifen Othman bzw. Ali aufgelöst. Dieser Meinung zufolge, stünde seit dem Niedergang des Osmanischen Reichs eine immer größer werdende Kluft zwischen den verschiedenen muslimischen Gesellschaften. Die Entwicklung der Massenmedien und die Intensivierung des Globalisierungsprozesses machen die Unterschiede zwischen den Regionen deutlicher.

Auf dieser Grundlage distanzieren sich die Befürworter des Erbrechts in Tunesien von anderen muslimischen Gesellschaften und sprechen eher vom tunesischen Modell. b.) Auf der anderen Seite gibt es religiöse Gelehrte und religiöse Strömungen, die an dem Konzept der Einheit der Muslime festhalten und die in der Entwicklung der Massenmedien und Kommunikationsmittel ein geeignetes Mittel zur Stärkung der panislamischen Beziehungen sehen. Kurz, die Debatte um das Erbrecht in Tunesien und die rechtlichen Regelungen im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern zeigt zwei Tendenzen auf: eine Desintegrationstendenz, die meistens von „progressiven“ Akteuren vertreten wird, und eine „Integrationstendenz“, die von „konservativen“ Akteuren bzw. Gelehrten vertreten wird. Beide Tendenzen sind in allen Debatten und gesellschaftlichen Angelegenheiten sichtbar.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Debatte um die Reform des Erbrechts in Tunesien einen Einblick in die Auseinandersetzung zwischen Modernisten und konservativem Lager in Bezug auf ein wichtiges gesellschaftliches Thema ermöglicht. Hieran lässt sich ablesen, ob und inwieweit eine Entwicklung hin zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter umsetzbar wäre, oder ob eine Stagnation oder gar Vertiefung der Geschlechterdifferenzen im Erbrecht der muslimischen Länder, insbesondere in Tunesien, zu verzeichnen ist. Die Untersuchung dieser Debatte zeigt, dass das islamische Recht eine transregionale Dimension hat und die Grenze des nationalen Staates überschreitet.

Ausgehend von den oben genannten Argumenten ist es zu prophezeien, dass die Debatte um die Reform des Erbrechts die muslimischen Gesellschaften weiter beschäftigen wird, solange es keinen gemeinsamen Lösungsansätze seitens der religiösen und zivilgesellschaftlichen Institutionen in diesen Ländern gibt. Solch eine gemeinsame Behandlung der grundlegenden Fragen bezüglich des Erbrechts könnte eventuell durch eine Zusammenarbeit aller muslimischen Gelehrten, Politiker und Rechtswissenschaftler erreicht werden. Eine Zusammenarbeit zwischen muslimischen Institutionen schließt die Zusammenarbeit mit internationalen Rechtsinstitutionen nicht aus. Denn die bisherige Strategie der meisten muslimischen Länder im Hinblick auf internationales Recht und internationale Übereinkommen bestand darin, solche Übereinkommen zu ratifizieren, sie jedoch gleichzeitig durch zahlreiche Vorbehalte außer Kraft zu setzen.

Diese Strategie stößt gegenwärtig an ihre Grenzen und kann keine Lösungen für die Probleme der muslimischen Gesellschaften versprechen. Stattdessen wäre eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Reform der lokalen Gesetzgebung notwendig.